

Parlamentsreport Süd-West

Nachrichten der Abgeordneten aus Steglitz-Zehlendorf
aus dem Abgeordnetenhaus von Berlin

14.05.2020

CDU

Fraktion Berlin

59. Sitzung im Abgeordnetenhaus

Auch diese Ausgabe des Parlamentsreportes bestimmt ein Hauptthema: Corona. Ganz besonders an einer Stelle war „Anpacken“ in den letzten Wochen das Gebot. Dank der großartigen Unterstützung vieler Organisationen ist am Berliner Funkturm auf dem Messegelände ein **Corona-Krankenhaus** entstanden. Der THW-Ehrenpräsident und vormalige Chef der Berliner Feuerwehr, Albrecht Broemme, hat das Projekt so pragmatisch wie erstklassig umgesetzt. 500 Betten stehen hier zur Verfügung. Gut ist, dass Berlin nun diese Reserve hat, wir hoffen, wir brauchen sie nie, auch nicht in einer zweiten Welle.

Neben Broemme danken wir stellvertretend für viele weitere Helferinnen und Helfer auch Brigadegeneral Andreas Henne. Er hat als General Standortaufgaben mit seinen Soldaten in den unterschiedlichsten Aufgaben zur Verfügung gestanden.

Nochmals unser herzlicher Dank an die vielen Helfer!



Foto: Bundeswehr, Obermaat Mey

Im Abgeordnetenhaus von Berlin ist Steglitz-Zehlendorf mit insgesamt fünf CDU-Abgeordneten vertreten.



Oliver Friederici

Sprecher für Verkehr und Landwirtschaft

Christian Goiny

Sprecher für Haushalt und Medien

Adrian Grasse

Sprecher für Forschung

Cornelia Seibeld

Sprecherin für Integration und Kirchen

Stephan Standfuß

Sprecher für Sport und

*Sprecher 1. Untersuchungsausschuss
"Terroranschlag Breitscheidplatz"*

Im Parlamentsreport berichten wir aus der Plenarsitzung über die aktuellen Themen, die für die Menschen im Bezirk Steglitz-Zehlendorf relevant sind.

Im Text finden Sie **anklickbare** Links. Mit einem Klick auf die Nummer der Drucksache gelangen Sie in das Dokumentensystem des Berliner Parlamentes und direkt auf Anträge, Beschlussvorlagen und ähnliches. Ein Klick auf den Videolink leitet Sie auf die Webseite des rbb und dort auf den entsprechenden Redebeitrag.

Wir freuen uns auf Ihre Rückmeldungen, schreiben Sie uns. Kontaktmöglichkeiten finden Sie am Ende des Parlamentsreports.

Corona-Krise

Berlin muss mehr tun in der Corona-Forschung

Adrian Grasse



Im Rahmen der Fragestunde der vergangenen Plenarsitzung hat Adrian Grasse, forschungspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, den Senat zur COVID-19-Forschung befragt, welche Anstrengungen bisher auf Landesebene unternommen wurden, um die Forschungslage zur Rolle von Kindern im Infektionsgeschehen der Corona-Pandemie auszubauen.

Zwei Monate sind bereits vergangen, seitdem auf Beschluss des Senats hin alle Berliner Kitas geschlossen wurden und nur noch eine eingeschränkte Notbetreuung der Kinder möglich ist. Diese Zeit hätte man nutzen können, um eine breit angelegte Berliner Studie in Auftrag zu geben. Eine Studie mit Kindern ist wichtiger Bestandteil der Grundlagenforschung, da die Ergebnisse entscheidende Auswirkungen auf Schulen und Kitas haben.

Die Beteiligung an einer Bundesinitiative ist nicht ausreichend und wird dem Anspruch einer Forschungsmetropole nicht gerecht. Die CDU-Fraktion wird das Thema weiter begleiten.

Corona-Krise

Schulen stehen im Corona-Sturm

Cornelia Seibeld, MdA

Adrian Grasse, MdA

Fehlende Vorgaben, ausbleibende Kommunikation, widersprüchliche Regelungen. COVID-19 ist nicht nur eine Infektionskrankheit, die Bekämpfung dieses Virus verändert gerade auch unsere gesamte Gesellschaft. Die Folgen des „Lockdown“ haben viele zu ertragen, besonders aber unsere Kinder. Die fehlende Digitalisierung in der Schule hat zur Folge, dass für viele Kinder im "Homeschooling" das Lernen aufgehört hat. An geordneten Schulbetrieb ist noch lange nicht zu denken. Die Bildungsverwaltung macht einen überforderten Eindruck, wirft den Schulleitungen kurzfristig Anordnungen auf die Tische und lässt die Schulen dann alleine in deren Verantwortlichkeiten. Defacto hängt es von Motivation, Einsatzwille und kluger Umsetzung der einzelnen Schulleitungen ab, ob Unterricht für unsere Kinder stattfinden kann. Die Schulleiterinnen und Schulleiter machen dabei einen großartigen Job, sie sind durch die Bank mit Herzblut bei der Sache.



Wir Abgeordneten in Steglitz-Zehlendorf haben in zahlreichen Gesprächen mit Betroffenen, sowohl in Videokonferenzen als auch persönlich, zahlreiche kritische Fragen weitergeleitet bekommen, zu denen die verantwortliche Senatorin Scheeres den Lehrkräften die Antworten

lange schuldig geblieben war. Deshalb haben wir ihr diese Fragen schriftlich gestellt: Wie sieht der Zeitplan für den Rest des Schuljahres aus? Wie ist der Plan für das neue Schuljahr, wann werden die einzelnen Jahrgangsstufen wieder Unterricht bekommen? Was ist mit Sommerferien, werden sie verschoben oder gar gekürzt? Wie wird die Corona-Schule umgesetzt? Wie werden Klassen aufgeteilt, wo kommen die nötigen Räume her? Wie wird der Schichtunterricht organisiert, dauert die neue Schule bis abends? Wie sollen die Kinder künftig lernen, oder sollen sie nur Aufgabenblätter ausfüllen? Wird die Zeit bis zum neuen Schuljahr zur Vorbereitung der digitalen Schule genutzt? Wie werden die Lehrer für die digitale Schule weitergebildet? Welche Softwaresysteme werden zugelassen, gibt es endlich eine brauchbare Schul-Cloud? Wie können Kinder an der digitalen Schule, am „Homeschooling“ also dem „Lernen von zuhause“ teilhaben, wenn sie keine Tablets oder Laptops zuhause haben, wo sollen die herkommen? Werden die Abiturergebnisse bundesweite Anerkennung haben? Wer übernimmt die Hortbetreuung in den Ferien, wird es Ferienangebote für die Kinder geben? Was ist mit den Lehrern und Lehrerinnen in den Risikogruppen, wer von ihnen kann, darf oder muss arbeiten? Was ist mit der Eigenerklärung zu Gesundheit der Lehrkräfte, wie verbindlich ist sie, welche Folgen hat sie? Wie wird der Personalausfall von durchschnittlich 30% aufgrund Zugehörigkeit zu Risikogruppe kompensiert?



Erste Antworten lassen erkennen, dass immer noch viel zu viel der Improvisation der einzelnen Schule überlassen bleibt. Räume und Schichtsysteme müssen sie selbst finden, Hygiene soll der Bezirk machen und wann die nächsten Jahrgänge kommen, bleibt im Ungefähren. Unterrichtet werden zunächst nur Mathe, Deutsch und Englisch und die Lehrer in Risikogruppen machen weiter Homeoffice. Mittlerweile sind aber auch neue Fragen dazu gekommen: Warum gibt es für die ersten Klassen keine Schuleingangsuntersuchungen? Wieso gibt es für die Abiturprüfungen keine Zweitkorrekturen und was hat das für Folgen?

Die Lösung des Gesundheitsproblems ist sicher am wichtigsten. Aber neben der Stabilisierung der Wirtschaft ist es unbedingt zwingend notwendig, dass Schule so betrieben wird, dass Bildung entsteht. Das Gestottere muss ein Ende haben.

Corona-Krise

Corona-Hilfen des Senats enttäuschend

Oliver Friederici

Die neue „Soforthilfe V“ für Berlins Mittelstand mit 10 bis 100 Beschäftigten bleibt weit hinter den Erfordernissen zurück und führt zu einer neuen Gerechtigkeitslücke. Die Vergabe ist abhängig von der Inanspruchnahme eines KfW-Schnellkredits, das ist bundesweit einmalig.

Andere Branchen können dagegen unbürokratisch nicht zurückzahlbare Finanzhilfen erhalten. Zudem kann über einen Tilgungszuschuss zum laufenden Kredit erst 15 Monate später auf Basis der wirtschaftlichen Entwicklung entschieden werden. Für manche Unternehmen kann es da leider schon zu spät sein.

Die CDU-Fraktion fordert vom Senat ein substanzielles Zuschussprogramm für diese

Firmen. Gerade in der Tourismusbranche, der Gastronomie und Hotellerie sowie im Kongressgeschäft und Einzelhandel drohen Schließungen und Arbeitsplatzabbau.

Deshalb müssen Senat und Koalition hier ihre Unterstützung deutlich ausweiten. Die Union will um jeden Arbeitsplatz kämpfen und wird daher auf Basis unseres Strategiepapieres „Berlin-Pakt“ Vorschläge unterbreiten.

Corona-Krise

Keine Corona-Probleme in Flüchtlingsunterkünften Gespräch mit Betreibern

Cornelia Seibeld, MdB

Reibungslose Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsamt, das ist eine der zentralen Anforderungen, die Betreiber mehrerer Gemeinschaftsunterkünfte haben. Schnelle Tests und Umsetzung von Quarantäne sind wichtig, wenn ein Corona-Verdachtsfall in einer Unterkunft entsteht. Aber auch die Integrations- und die Sprachkurse fortsetzen zu können, ist wichtig, ebenso, wie auch die aktuellen Informationen den notwendigen Verhaltensweisen in der Pandemie an die Bewohner geben zu können.



Diese und weitere Fragen hat Cornelia Seibeld am 14. Mai 2020 in einer Videokonferenz mit Geschäftsführern verschiedener Unternehmer und Vereine besprochen, die sich um Unterkunft und

Integration von geflüchteten Menschen kümmern. Sie berichten von unterschiedlichen Erfahrungen, melden aber durch die Bank, dass sie die Vorkehrungen zum Infektionsschutz umsetzen können. Sorge haben sie, dass infolge eines nun möglicherweise anstehenden Sparzwanges die erfolgreichen Maßnahmen gestrichen werden könnten. Hier muss klar sein, dass am Fördern und Fordern zur Integration keine Abstriche gemacht werden können. Es bleibt dabei, den Menschen, die hier bleiben dürfen, auch tatsächlich die Hilfe zur eigenen Integration in unsere Gesellschaft zu geben.

Corona-Krise

Senat verstößt erneut gegen Informationsrecht

Stephan Standfuß

Das Informationsrecht bezeichnet das Recht des Abgeordnetenhauses und seiner Ausschüsse, vom Senat Auskünfte zu verlangen und Berichte anzufordern. Im Fachbereich Sport, aber auch in zahlreichen anderen Fachbereichen, gab es gegen dieses Recht der Abgeordneten in den letzten Wochen zahlreiche Verstöße des Senats. So sind die Änderungen der Verordnung über erforderliche Maßnahmen zur Eindämmung der Ausbreitung des neuartigen Coronavirus SARS-CoV-2 in Berlin den Abgeordneten regelmäßig erst nach Inkrafttreten vorgelegt worden. Natürlich ging es zu Beginn der Krise darum, schnell zu handeln und die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger zu schützen. Alle Parteien haben dafür großes Verständnis aufgebracht. Auch bei den vereinbarten Fristen zur Vorlage gibt es natürlich Änderungen, die auch akzeptiert wurden. Dauerhaft kann man das Abgeordnetenhaus und seine Ausschüsse aber nicht vom Informationsfluss abschneiden.

In der gestrigen Sitzung gab es dazu, angeführt von der CDU, eine letzte Mahnung an den Senat, verbunden mit der klaren Aufforderung durch fast alle Parteien, geltendes Recht endlich einzuhalten.



In der nächsten Sportausschusssitzung reden wir wieder über Regelungen, die bereits in Kraft getreten sind. Für die achte Änderung der Corona-Verordnung erwarten wir eine rechtzeitige Vorlage, was auch in der Ausschusssitzung noch einmal angesprochen wird.

Verkehrspolitik

Müssen Pop-Up-Radwege sein?

Oliver Friederici

In der Corona-Krisenzeit und nun auch danach greift der Senat zu einem politischen Not-Instrument, um sogenannte Pop-Up-Radwege zu errichten. Die Zielsetzung ist dabei eine Erleichterung des Verkehrs für Radfahrer und eine Erschwerung des Verkehrs für Autos, Lieferfahrzeuge und Busse. Manch einer behauptet sogar, der Senat missbraucht die Corona-Zeit für linken Verkehrs-Aktivismus.

Der Öffentliche Nahverkehr und der PKW-Verkehr haben in der Corona-Krisenzeit abgenommen. Nun ist er aber annähernd auf dem vorherigen Niveau. Es gibt in Berlin weiterhin einen Anteil von 80% der Menschen, die nicht täglich mit dem Rad

unterwegs sind. Der Anteil sinkt zwar langsam, er wird aber niemals unter dem Anteil der absoluten Radfahrer liegen. Vor allem nicht in Steglitz-Zehlendorf.



Das Ergebnis der linken Ideologie-getriebenen Politik ist nun aktuell vor allem Stau, beispielsweise am Landwehrkanal auf beiden Seiten, in der Kant Straße usw. Und so wird es dank SPD, Linken und Grünen in Berlin weitergehen.

Selbst wenn Radfahrer die neu geschaffenen Pop-Up Radwege nutzen, bleibt die Frage: Ist das gerecht? Die anderen 80% der Verkehrsteilnehmer müssen Lärm und schlechte Luft durch Staus und den daraus resultierenden Stress in Kauf nehmen.

Radverkehr fördern und sicherer gestalten – ja. Aber miteinander und nicht, wie von Senatsseite propagiert, gegeneinander. Die Rechte derer, die täglich das Auto und die BVG nutzen oder im Lieferverkehr unterwegs sind, müssen gewahrt bleiben.

Verkehrspolitik

Nahverkehr braucht Perspektiven, keine Zwangsabgaben

Oliver Friederici

Mit ihrer Klientelpolitik erweisen sich Berlins Grüne als krisenuntauglich. Die von den Grünen geführte Senatsverkehrsverwaltung hat in der Corona-Krise eigenmächtig mit der BVG einen Notfahrplan für Busse und Bahnen nachverfolgt und

das Angebot erheblich zurückgefahren. Beide haben damit einen Teil der Einnahmeausfälle selbst zu verantworten. Dazu kommt, dass der Senat seine Zusagen bei Ausgleichszahlungen für die letzten Tarifierhöhungen nicht eingehalten und damit die Lage der BVG erheblich verschärft hat.

Nun wollen die Grünen mit neuen Zwangsabgaben wie einer City-Maut und einer Nahverkehrsabgabe alle Berliner für ihre Fehler der Vergangenheit bezahlen lassen.

CDU-Verkehrsexperte Oliver Friederici: „Dies lehnen wir als CDU ab. Die Maut benachteiligt rund zwei Drittel der Berliner, die in den Außenbezirken wohnen. Viele sind gerade jetzt auf ihr Auto und Fahrten in die Innenstadt angewiesen. Jetzt brauchen wir überzeugende Konzepte, um dem Nahverkehr in der Krise und danach eine langfristige Perspektive und Sicherheit zu bieten.“



Dazu gab es von den Grünen bisher jedoch leider keinerlei Vorschläge. Stattdessen haben sie sich für temporäre Radwege feiern lassen. Wer angesichts sinkender Umfragen aber nur noch an die eigene Wählerklientel denkt, ist weder „regierungsfähig noch krisentauglich.“

Haushaltspolitik

Unabgestimmt und unzureichend – die Umsetzung der Versprechen von Rotrotgrün aus den Haushaltsberatungen Haushaltsumsetzungsgesetz

Christian Goiny

Mit dem „Haushaltsumsetzungsgesetz“ will der rotrotgrüne Senat diverse Versprechen aus den Haushaltsberatungen des letzten Jahres umsetzen.

Der haushaltspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Christian Goiny, hat in der Parlamentsdebatte kritisiert, dass das Gesetz im Vorfeld nicht den Gewerkschaften zur Stellungnahme vorgelegt wurde, wozu der Senat aber verpflichtet ist, für die tarifrechtlichen Regelungen die Zustimmung der Tarifgemeinschaft der Länder nicht vorliegt und für die Entnahme aus der Versorgungsrücklage das zuständige Gremium mit dem Vorgang nicht befasst wurde. Die CDU-Fraktion erwartet dafür eine Erklärung und das Vorlegen der entsprechenden Unterlagen zur Sitzung des Hauptausschusses am 27. Mai 2020.

Mit dem Gesetz regelt der Senat auch die sog. Hauptstadtzulage. Diese war gedacht als zusätzlicher Ausgleich für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, um Besoldungs- und Vergütungsrückstände auszugleichen. Die CDU-Fraktion kritisiert, dass diese Regelung zur Beseitigung von Rückständen bei der Vergütung von Beschäftigten des öffentlichen Dienstes unzureichend ist, weil diese Zulage nicht ruhegehaltstauglich ist und außerdem nur bis 2025 befristet ist. Die Hauptstadtzulage ist aus Sicht der CDU eine Mogelpackung!

Die CDU-Fraktion hatte daher in den vergangenen Jahren in den Haushaltsberatungen wiederholt gefordert und mit Vorschlägen zur Finanzierung unterlegt, dass die Berliner Beamten perspektivisch

nach dem Niveau der Bundesbesoldung besoldet werden sollten. Christian Goiny räumt ein, dass durch die Situation infolge der Corona-Krise dafür nun ein längerer Zeitraum erforderlich sein dürfte.



Mit der Verlängerung der Brennpunktzu- lage setzt Rotrotgrün aus Sicht der CDU die falschen Schwerpunkte in der Bildungspolitik fort und mit dem Geld für die Reinigung von Parks und Grünanlagen wären die Bezirke auch in der Lage gewesen, diese Aufgabe zu erledigen.

Begrüßt wird von der CDU dagegen die Einführung der B-Besoldung in den Bezir- ken, weil damit ein wichtiger Beitrag geleistet wird, qualifiziertes Personal für die Bezirksverwaltung zu gewinnen, so Christian Goiny. Insbesondere für die be- zirklichen Gesundheitsämter ist das auch aktuell von Bedeutung.

[Christian Goiny im AGB](#)

Aktuelles

Berlinweit fußläufige Altglassammlung ermöglichen

Oliver Friederici

Die CDU-Fraktion fordert in der Plenarsit- zung den Senat auf, dafür Sorge zu tragen, dass alle Einwohner in fußläufiger Entfernung ihrer Wohnstätte die Möglichkeit der Altglasentsorgung haben.

Sowohl die bestehenden Sammelstand- orte, als auch die im Rahmen dieser Initia- tive neu zu errichtenden Sammelstellen sind mittels adäquater Reinigungsinter- valle vor Vermüllung und Vandalismus zu schützen.

Der Berliner Senat berichtete auf eine CDU-Anfrage, dass es Berliner Gebiete gibt, deren Einwohner weder Sammelbe- hälter direkt am Wohnhaus noch öffent- lich zugängliche Sammel-Iglus in fußläufi- ger Entfernung zur Entsorgung ihres Altglases zur Verfügung stehen.

Dies ist vor dem Hintergrund der politi- schen Zielstellung einer maximalen Recyclingquote von Altglas nicht länger hinnehmbar. Die CDU-Fraktion nimmt die linke Berliner Öko-Koalition beim Wort. Wir wollen endlich Taten sehen, im Interesse der Berliner von Grünen, Linken und SPD.

Aktuelles

Öffnung der Freibäder in Berlin am 25. Mai

Stephan Standfuß

Auf der letzten gemeinsamen Konferenz der Ministerpräsidenten mit Bundeskanz- lerin Angela Merkel wurde zum Thema Sport folgendes beschlossen: „Der Sport- und Trainingsbetrieb im Breiten- und Frei- zeitsport unter freiem Himmel ist wieder erlaubt. Stufenweise soll in den Trainings- und Wettkampfbetrieb wieder eingestie- gen werden. Einzelheiten regeln die Länder.“

Für den Schwimmsport bedeutet das: Die Hallen bleiben geschlossen. Freibäder dürfen öffnen. Über die Modalitäten der Öffnung entscheiden die Bundesländer. Nicht alle Länder befürworten eine schnelle Öffnung der Freibäder. In Berlin

ist die Öffnung allerdings beschlossene Sache.

Bei uns in der Hauptstadt darf vom 25. Mai an wieder in den Freibädern geschwommen werden. Voraussetzung ist ein Hygieneplan und die Einhaltung der Abstandsregeln. Derzeit arbeiten die Berliner Bäder Betriebe (BBB) an einem Konzept. Darin soll festgelegt werden, wie viele Menschen sich gleichzeitig in den Schwimmbädern aufhalten dürfen und wie viele Menschen gleichzeitig ins Wasser dürfen. Auch die Vereine freuen sich schon auf die Wasserfläche.

Auf Anfrage bei den BBB gibt es bis heute leider noch keinen Entwurf der Regeln. Die CDU wird heute im Sportausschuss noch einmal Druck machen, um endlich Klarheit zu schaffen. Gerade die Pächter von Frei- und Strandbädern brauchen schnellstmöglich die Bedingungen für die Öffnung, um entsprechend planen zu können.



Allen, die ab dem 25. Mai wieder in die Fluten springen dürfen, wünschen wir dabei viel Spaß.

Aktuelles

Die Geisterspiele beginnen - Gradwanderung der DFL

Stephan Standfuß

Der Start der Fußball-Bundesliga ist höchst umstritten. Die Liga steht allerdings unter großem Druck, die Verträge mit den lukrativen TV-Summen will man nicht platzen lassen, weil es sonst wahrscheinlich die Liga in der bestehenden Form bald nicht mehr gäbe. DFL-Geschäftsführer Christian Seifert hat in den vergangenen Wochen intensiv mit den Bundesliga-Rechteinhabern verhandelt. Während man sich mit Eurosport nicht einigen konnte, wurden mit den Sendern Sky, ARD/ZDF und DAZN im Zuge der Corona-Krise konstruktive Gespräche geführt, die aber alle einen baldigen Spielstart zum Inhalt hatten.

Auch wenn man sich schon die Frage stellt, ob eine komplette Neuorganisation der Liga gutgetan hätte, hat man sich für die Rettung in der bestehenden Form entschieden. Am Wochenende starten also die Partien ohne Zuschauer in den Stadien. Schon in der Vorbereitung der Mannschaften ist klar geworden, dass der ein oder andere Spieler, Manager oder Betreuer die strengen Regeln zur Infektionsverhinderung nicht so ernst nimmt. Ein besonders negatives Beispiel kam leider aus der Hauptstadt. Der betroffene Verein Hertha BSC hat allerdings sofort mit der Freistellung des Spielers reagiert. Man darf gespannt sein, ob die selbst auferlegten Regeln am Wochenende von allen Beteiligten konsequent eingehalten werden.

Nach einer Empfehlung des Robert Koch-Instituts hat die Politik größere Ansammlungen in Deutschland noch für mehrere Monate untersagt. Wenn sich jetzt aber Fans vor den Stadien treffen und die Abstandsregeln missachten oder sich gemeinsam zum Fußballgucken vor dem

Fernseher verabreden, werden die Erfolge bei der Eindämmung der Corona-Krise leichtfertig aufs Spiel gesetzt.

Vor dem Hintergrund, dass es in Deutschland tausende mittelständische Unternehmen gibt, deren Betriebe immer noch stillstehen, dass Schüler nur wenige Stunden in der Woche zur Schule gehen dürfen, dass Menschen um ihre Arbeit fürchten oder sie schon verloren haben und kleine Kinder seit Wochen zu Hause sind, andere Sportarten und andere Ligen, in denen weitaus weniger Geld vorhanden ist, nach wie vor pausieren, ist der Start der Bundesliga mindestens ein schwieriges Signal.

Die wirtschaftlichen Belange der Deutschen Fußball Liga haben Vorrang vor allem anderen. Das verstehen viele Menschen zurecht nicht. Auch andere Profiligen haben nur wenig Verständnis und pausieren weiter.

Gleichwohl freut sich der echte Fan, wie nach jeder Liga-Pause, auf den Neustart in der Bundesliga, auch ohne Wurst und Bier im Stadion. Unabhängig von der Sinnhaftigkeit dieses Liga-Starts, wünschen wir den beiden Erstligisten aus Berlin gegen Hoffenheim und Bayern einen guten Start.



Bild aus besseren Zeiten ohne Ansteckungsgefahr mit Covid19. Auch die anderen Proficlubs in Berlin würden gerne wieder spielen.....

Aktuelles

Diskussion mit der Medienwirtschaft im Medienausschuss

Christian Goiny

Auf Initiative der medienpolitischen Sprecher der Koalition, CDU und FDP diskutiert der Medienausschuss des Abgeordnetenhauses in zwei Sitzungen umfassend die Situation der Medien und Kreativwirtschaft in Zeiten von Corona. In der ersten Sitzung am 13.5.2020 waren anwesend das Medianet, Medienboard Berlin-Brandenburg, X-Filme, die Mediengewerkschaft VRFF, IBB und Premium Entertainment GmbH.

In der Sondersitzung am 10.6.2020 werden Vertreter der VFX Branche, des privaten Rundfunks und der Journalisten zu Gast sein.

Ziel der Initiative der 5 Medienpolitiker ist es, sich einen Überblick zu verschaffen, welches in Zeiten von Corona die größten Probleme sind und welche Maßnahmen wirksam sind, bzw. fehlen. So wurde in der Sitzung am 13.5. bereits deutlich, dass die geschaffenen Förderprogramme nicht passen bzw. ausreichen, dass es bürokratische Hürden gibt, z.B. bei der neuen Erteilung von Außendrehgenehmigungen und dass es dringend einer Unterstützung der Kinolandschaft bedarf.

Die Förderung und der Erhalt der Medien und Kreativwirtschaft ist deswegen, insbesondere für Berlin, von besonderer Bedeutung, weil es bereits 2017 mit einem Umsatz von insgesamt 46,6 Milliarden Euro die drittgrößte Branche in der Region Berlin-Brandenburg darstellt, mit über 235 000 Beschäftigten in über 46 000 Unternehmen.



Diskussion im Medienausschuss

Deswegen hat es politische Priorität, diesen Wirtschaftssektor in der jetzigen Wirtschaftskrise besonders zu unterstützen, auch weil Tourismus, Hotellerie und Gastronomie, Wissenschaft und Forschung davon abhängig sind, resümiert der medienpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Christian Goiny.



Die CDU-Abgeordneten von Steglitz-Zehlendorf (v.l.n.r.), nach der Plenarsitzung: Adrian Grasse, Oliver Friederici, Stephan Standfuß, Cornelia Seibeld und Christian Goiny

Bildung

Digitalisierung in der Lehrkräfteausbildung

Adrian Grasse

Wie Berlin aus der Krise heraus zum Vorreiter digitaler Bildung werden kann, hat die CDU-Fraktion in dieser Woche in einem umfassenden Konzeptpapier dargelegt. Die pandemiebedingte Umstellung der Präsenzlehre an Schulen und Hochschulen auf Onlineangebote hat deutlich gemacht, dass neben den Schülern auch unsere Lehrkräfte fit für die Zukunft des digitalen Lehrens und Lernens gemacht werden müssen. Adrian Grasse setzt sich dafür ein, dass sowohl die Vermittlung digitaler Medienkompetenzen als auch virtuelles Lernen feste Bestandteile der universitären Ausbildung von Lehrkräften werden. Für bereits ausgebildete Lehrer sollen verstärkt Fort- und Weiterbildungsangebote geschaffen werden. Seine Forderungen sind Teil des Bildungskonzeptes, das in Form eines Dringlichen Antrags im Plenum beraten wurde.

[Das vorläufige Beschlussprotokoll der Plenarsitzung ist auf der Webseite des Abgeordnetenhauses einsehbar.](#)

[Redebeiträge aus dem Abgeordnetenhaus können auf rbb-online angesehen werden](#)

Impressum / ViSDP: Die Mitglieder des Abgeordnetenhauses: Oliver Friederici, Christian Goiny, Adrian Grasse, Cornelia Seibeld, Stephan Standfuß.

Steglitz: Hindenburgdamm 80, 12203 Berlin, 030 844 17174, buergerbuerer.hindenburgdamm@gmail.com; Zehlendorf: Onkel-Tom-Straße 1, 14169 Berlin, 030 / 407 256 44, kontakt@starkes-zehlendorf.de